

EuGH bemängelt Datenschutz in Bundesländern

LUXEMBURG Die deutschen Bundesländer müssen Firmen und Verbände bei der Verwendung persönlicher Daten von Bürgern besser kontrollieren. Die Datenschutz-Behörden der Länder seien bei der Aufsicht im privaten Bereich nicht unabhängig genug, entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH) gestern. Damit verstoße Deutschland gegen EU-Recht.

Das Urteil bezieht sich auf Behörden wie Regierungspräsidien oder Ministerien, die in acht Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen) als Datenschutzstellen agieren. Dagegen sind die Datenschutzbeauftragten der Länder, die den öffentlichen Bereich beaufsichtigen, nicht betroffen. Das EU-Gesetz schreibt den Mitgliedsstaaten vor, dass sie Kontrollstellen einsetzen müssen, die als Hüter der Grundrechte und Grundfreiheiten agieren. Da die Datenschutzstellen der Länder staatlicher Aufsicht unterstellt sind, könnten sie nicht in „völliger Unabhängigkeit“ arbeiten, wie es das EU-Gesetz vorsehe. *dpa*

Zitat

„Es kann nicht ankommen, dass der iranische Präsident, der zur Vernichtung eines Volkes aufruft, als Mitglied der Vereinten Nationen und Held empfangen wird.“

Israels Staatspräsident Schimon Peres, der die internationale Isolierung des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad gefordert hat

Experten gegen Steuerreform

BERLIN Steuerberater sehen angesichts der maroden Staatsfinanzen derzeit keine Chance für eine umfassende Steuerreform. Sie halten aber Vereinfachungen und weniger Bürokratie im Steuerrecht auch ohne Einnahmeverluste für den Staat für machbar.

Der Präsident der Bundessteuerberaterkammer, Horst Vinken, sagte gestern in Berlin: „Eine große Steuerreform kann schon angesichts der Haushaltslage derzeit nicht im Fokus stehen.“ Gerade deshalb sollte die Chance zu konsequenter Vereinfachung ergriffen werden. Vor allem die Praxistauglichkeit der Gesetze müsse verbessert werden. „Die Regelungen sind teilweise so kompliziert, dass es der Finanzverwaltung nicht gelingt, sie rechtzeitig in der eigenen Software abzubilden“, kritisierte Vinken. Zudem kontrolliere niemand, ob die erwarteten Mehr- oder Mindereinnahmen durch ein Gesetz auch tatsächlich erzielt werden. *dpa*

Rückschau

10. März

1910 Vor 100 Jahren

China schafft die Sklaverei ab. Der Handel mit Menschen wird verboten.

1950 Vor 60 Jahren

In Wien hat der dort gedrehte Film „Der dritte Mann“ von Carol Reed mit Orson Welles in der Hauptrolle des Harry Lime Premiere.

2000 Vor zehn Jahren

Berlin feiert die Aufnahme der Museumsinsel als „Berlinische Akropolis“ in die Unesco-Welterbeliste.

2009 Vor einem Jahr

Tierversuche für die Entwicklung von Kosmetika sowie einzelnen Inhaltsstoffen sind ab dem 11. März 2009 EU-weit verboten.

Schutzpflicht des Staates bekräftigt

KARLSRUHE BGH erlaubt nachträgliche Sicherungsverwahrung auch bei Jugendstrafen

Von Marion van der Kraats

Kaum ein Thema wird so emotional diskutiert wie die Sicherungsverwahrung für gefährliche Straftäter. „Wegsperrten für immer“ lauten populistische Forderungen. Bundesgerichtshofs-Präsident Klaus Tolksdorf beklagte jüngst eine „Sicherheitsysterie“. Nun hat der 1. Strafsenat seines Hauses jedoch klargestellt: Auch junge Straftäter dürfen eingesperrt bleiben, nachdem sie ihre Haftstrafe verbüßt haben. Der BGH hat die nachträgliche Sicherungsverwahrung bei Jugendstrafen am Dienstag für zulässig erklärt. Es war das erste Mal, dass die Karlsruher Richter das seit Sommer 2008 geltende Gesetz überprüften. (Az: 1 StR 554/09 – Urteil vom 9. März 2010)

Mit seinem Urteil bestätigte der BGH eine Entscheidung des Landgerichts Regensburg vom Juni 2009. Danach muss ein 32-Jähriger in Haft bleiben, obwohl er seine Jugendstrafe von zehn Jahren verbüßt hat. Der Mann aus Bayern war 1999 nach dem Mord an einer Joggerin zur Jugendhöchststrafe verurteilt worden. Er gilt als hochgefährlich.

Gewaltfantasien Im Juni 1997 hatte er eine 31 Jahre alte Joggerin bei Regensburg überfallen. Er erwürgte sie und riss ihr die Kleider vom Leib. Danach befriedigte er sich über dem nackten Opfer selbst. Im Urteil aus Regensburg heißt es, dass der Tat schon lange Gewaltfantasien vorangingen. Begonnen haben sie mit 15 Jahren, seit dem 17. Lebensjahr gingen sie mit Selbstbefriedigung einher. Wenige Wochen vor der Tat steigerten sie sich – und entluden sich bei der Tat.

Doch auch in der Haft setzten sich die Fantasien fort. Therapien blie-

ben erfolglos. Ein Gutachter attestierte dem Täter eine zunehmende sexuelle Störung, die ihren sadistischen Höhepunkt noch nicht erreicht haben soll. Das Gericht in Regensburg habe zu Recht die Sicherungsverwahrung angeordnet, befanden die BGH-Richter.

Abwägung Fälle wie diesen habe der Gesetzgeber im Blick gehabt, meinten die BGH-Richter. Er müsse auch seiner Schutzpflicht nachkommen und Menschen vor Straftaten schützen. Die Abwägung dürfe darum zugunsten gefährlicher Straftäter gehen. „Auch Opfer haben Menschenrechte“, betonte der Senatsvorsitzende Armin Nack. Um sie zu schützen, müsse dem Gesetzgeber ein gewisser Spielraum erlaubt sein. Das Gesetz sei verfassungsgemäß und wahre den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. „Verfassungsrechtlich sind wir im

Grenzbereich – aber noch nicht über die rote Linie drüber“, meinte Nack.

Als die Bundesregierung das Gesetz im Juli verabschiedete, hatte sie den Fall aus Bayern im Blick: Es trat nur fünf Tage vor der für den 17. Juli 2008 geplanten Entlassung des 32-Jährigen in Kraft. Knapp ein Jahr später entschieden die Richter in Regensburg als erste bundesweit nach der neuen Vorschrift, dass der noch nicht freigelassene Mann trotz verbüßter Strafe in Haft bleibt.

Der Tübinger Strafrechtsprofessor und Kriminologe Jörg Kinzig äußerte sich gestern gegenüber der *Heilbronner Stimme* skeptisch: Das BGH-Urteil sei bedenklich, „weil ganz generell unklar ist, ob die nachträgliche Sicherungsverwahrung für Jugendliche überhaupt ein geeignetes Instrument darstellt, einen verbesserten Schutz der Allgemeinheit vor schweren Straftaten zu erreichen.“

„Auch Opfer haben Menschenrechte.“

Armin Nack, BGH-Richter



Ein Insasse der Justizvollzugsanstalt in Hamburg-Billwerder. Auch junge Straftäter können länger weggesperrt werden, entschied jetzt der BGH.

Foto: dpa

Hintergrund

Urteil aus Straßburg

Laut BGH sind es die Details der jeweiligen Fälle, die den Blick zum Europäischen Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg erschweren. Dieser hatte 2009 geurteilt, dass die deutschen Vorschriften zur Si-

cherungsverwahrung gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoßen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, die Bundesregierung will dagegen vorgehen. Es sei fraglich, ob der Fall vergleichbar sei mit dem vorliegenden Verfahren, so die Karlsruher Richter. *dpa*

Arbeitsagentur sieht Kraft-Vorstoß zu Hartz IV skeptisch

Verweis auf bestehende Ein-Euro-Jobs – Linke stellt Bedingungen für Bündnis in NRW

BERLIN Die Bundesagentur für Arbeit (BA) räumt dem Vorstoß der SPD-Spitzenpolitikerin Hannelore Kraft zur Beschäftigung von Hartz-IV-Empfängern wenig Chancen ein.

„Wir organisieren bereits heute in erheblichem Umfang gemeinnützige Jobs für Langzeitarbeitslose“, sagte das Vorstandsmitglied der Bundesagentur (BA), Heinrich Alt. Er verwies gestern auf bestehende Ein-Euro-Jobs. Ein ähnlicher Vorstoß für kommunale Jobs von Lang-

zeitarbeitslosen ist bisher weitgehend wirkungslos geblieben. Der „Kommunal-Kombi“ von 2008 konnte die Erwartungen nicht erfüllen, im Westen erwies er sich sogar als totaler Flop. Nur 15 825 Langzeitarbeitslose wurden für drei Jahre eingestellt – 15 400 in Ostdeutschland und 425 im Westen. Ende 2009 habe es die letzten Neueinstellungen gegeben, bestätigte das Arbeitsministerium einen Bericht der „Saarbrücker Zeitung“.

Kraft will auf freiwilliger Basis für Langzeitarbeitslose mehr gemeinnützige Jobs schaffen, etwa in Altenheimen oder Sportvereinen. Das SPD-Präsidium unterstützt die Idee der SPD-Spitzenkandidatin für die nordrhein-westfälische Landtagswahl am 9. Mai. Die Reform der Ein-Euro-Jobs sei überfällig, hieß es. Zwischen 400 000 und 600 000 Langzeitarbeitslose seien nur schwer in den normalen ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Es gehe um freiwillige

Angebote – nicht um die Kürzung der Hartz-IV-Regelsätze, wird in der SPD betont.

Die Linke schließt ein Bündnis mit der SPD in NRW aus, falls Kraft ihren Plan nicht zurücknimmt. „Der Kraft-Plan ist für uns überhaupt keine Verhandlungsbasis. Wenn die SPD einfach die Hartz-Logik fort-schreibt, ist eine Zusammenarbeit ausgeschlossen“, sagte der designierte Parteichef Klaus Ernst der „Leipziger Volkszeitung“. *dpa*

Zeitlupen-Kanzlerin verliert an Strahlkraft

US-Medien sehen negative Entwicklung – Schwieriges Verhältnis zu Präsident Obama

Von Joachim Rogge

WASHINGTON Es liegt erst ein paar Wochen zurück, dass ihr Amerikas politische Elite zu Füßen lag. Die Geschichte des Mädchens aus dem Osten, das hinter dem Betonwall vom Land der unbegrenzten Möglichkeiten träumte und – nach Mauerfall und deutscher Vereinigung – zur Bundeskanzlerin aufstieg, brachte Angela Merkel Ovationen im US-Kongress ein. Als „Frau Europa“ feierte sie das „Time Magazin“. Inzwischen freilich ist der Blick auf Deutschlands Kanzlerin nüchterner geworden. Dass man sie zum Jagen tragen muss, beginnt sich auch in den USA herumsprechen. Als „Zeitlupen-Kanzlerin“ bezeichnet das renommierte Magazin „Newsweek“ die deutsche Regierungschefin. „Frau Europa, es ist



Die Beziehungen zu den USA könnten besser sein: Angela Merkel. Foto: dpa

Zeit zu führen“, hält ihr das New Yorker Blatt in seiner jüngsten Ausgabe unter der Überschrift „Warten auf Merkel“ vor.

Eine Missstimmung spiegelt sich darin wider, die auch in Kreisen der

US-Regierung zunehmend weit verbreitet ist. Deutschland agiert auf der internationalen Bühne weit unter seinen Möglichkeiten. Das europäische Schwergewicht boxt, gerade in der aktuellen Euro-Krise, unterhalb seiner eigenen Gewichtsklasse – und strebt zugleich einen festen Sitz im Weltsicherheitsrat der Uno an. Das passt aus Sicht Washingtons nur schlecht zusammen. Im Verhältnis beider Länder steht es nicht zum Besten.

Scheu Eine Regierung, die nach sechs Monaten im Amt noch immer nicht recht Tritt gefasst hat, Bürger, die den Wandel und die Herausforderungen der aktuellen Krisen scheuen – „Newsweek“ listet lang und breit auf, warum sich die Deutschen mit ihrer Kanzlerin an der Spitze angeblich so scheuen, end-

lich mehr internationale Verantwortung zu übernehmen. Abzuwarten, die Hände in den Schoß zu legen, statt Pflöcke zu setzen und zuzupacken ist aus US-Sicht angesichts der aktuellen Brandherde keine kluge Strategie.

Es scheint ins Bild zu passen, dass auch US-Präsident Barack Obama bei der Suche nach der europäischen Telefonnummer nicht automatisch bei Merkel klingelt. Doch das wiederum ist nicht nur ihr anzulasten. Obama hat sich bislang kaum Mühe gegeben, sein Verhältnis zu Merkel oder anderen EU-Spitzenpolitikern zu verbessern. Beide sind sich bislang tatsächlich fremd geblieben. Auf der Arbeitsebene gehen Merkel und Obama zwar pragmatisch miteinander um. Aber es „menschelt“ nicht wie einst zwischen Kohl und Bush Senior.

Kurz notiert

Gewinne für Kassen-Chefs

BERLIN Trotz Finanzkrise und steigender Kosten sind die Gehälter vieler Vorstände von gesetzlichen Krankenkassen im vergangenen Jahr gestiegen. Spitzenreiter war nach den im Bundesgesetzblatt neu veröffentlichten Zahlen der Chef der Techniker Krankenkasse (TK), Norbert Klusen: Sein Grundgehalt stieg um 25 000 Euro auf rund 271 000 Euro. *dpa*

Wechsel von FDP zu SPD

BERLIN Der FDP-Abgeordnete Rainer-Michael Lehmann hat aus Ärger über die Politik der Liberalen seine Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus verlassen und will sich der SPD anschließen. Der 49-Jährige sprach von zunehmender „sozialer Kälte“ in der FDP. Er will sein Mandat im Abgeordnetenhaus behalten, sagte er der RBB-Welle RadioBerlin. *dpa*

Kontrollen verschärft

AMSTERDAM Nachdem Reporter in Amsterdam ein Sprengstoff-Imitat in ein Passagierflugzeug geschmuggelt hatten, sind die Kontrollen auf dem Airport Schiphol verschärft worden. Die Aktion der Journalisten habe Lücken in den Sicherheitsmaßnahmen aufgezeigt, räumte die Leitung des Airports ein. *dpa*

Bürochef entlassen

MÜNCHEN Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) hat seinen neuen Büroleiter Markus Zorzi nach nur drei Monaten gefeuert. Zorzi soll versucht haben, auf den Computer des CSU-Landesgeschäftsführers zuzugreifen, wie „Münchner Merkur“ und „Abendzeitung“ berichteten. *dpa*

Frauenquote in Indien

NEU DELHI Nach heftigen Tumulten hat das Oberhaus des indischen Parlaments gestern ein Gesetz zur Einführung einer Frauenquote in den Volksvertretungen des südasiatischen Landes verabschiedet. Die Verfassungsänderung soll dafür sorgen, dass 33 Prozent der Sitze in den Parlamenten in Neu Delhi und in den Bundesstaaten für weibliche Abgeordnete reserviert wird. *dpa*

Austritte aus Stiftungsrat

PRAG/BERLIN Weitere Wissenschaftler kehren dem Experten-Beirat der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ den Rücken. Die tschechische Historikerin Kristina Kaiseirova und die deutsche Journalistin Helga Hirsch begründeten ihren Schritt mit „zunehmender Politisierung“ der Stiftung und der Debatte. Schon Mitte Dezember hatte der polnische Historiker Tomasz Szarota seinen Rückzug erklärt. *dpa*

11 000 Mails an Käßmann

HANNOVER Die Welle der Sympathie für die zurückgetretene Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Margot Käßmann, reißt nicht ab. Inzwischen seien mehr als 11 000 E-Mails und mehr als 1000 Briefe eingegangen, teilte die EKD in Hannover mit. Alle Mails würden an Käßmann weitergeleitet, eine persönliche Antwort sei aber nicht in jedem Fall möglich. *dpa*

Israel will Atomkraftwerke

PARIS Israel will erstmals Atomkraftwerke bauen. Das kündigte der israelische Infrastrukturminister Uzi Landau zum Abschluss einer internationalen Konferenz in Paris an, bei der es um den Zugang zu ziviler Atomtechnologie ging. Israel möchte damit seine Abhängigkeit von der Kohle verringern. *dpa*

HEILBRONNER
STIMME

Redaktion Politik/Wirtschaft
Allee 2 | 74072 Heilbronn
Tel. 07131 / 615-0 | Fax 07131 / 615-373

-341 Leitung: Siegfried Lambert (lam)
-342 Bernd-Rainer Intemann (bri)
-366 Jürgen Strammer (jus)
-288 Marcel Auermann (maa)
-249 Jens Dierolf (jd)
-325 Jürgen Paul (jüp)
-266 Heidemarie Seifert (sei)
-768 Dr. Gernot Stegert (sg)
-315 Isabell Voigt (ivo)
-347 Dr. Wilfried Werner (wer)

E-Mail korrespondenten@stimme.de